

15. Juni 2009

PRESSEMITTEILUNG

„FINANCIAL STABILITY REVIEW“ VOM JUNI 2009

Viele der im Financial Stability Review vom Dezember 2008 genannten Abwärtsrisiken für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet sind eingetreten.¹ So haben insbesondere die weitere deutliche Verschlechterung der globalen makroökonomischen Bedingungen sowie deutlich nach unten korrigierte Wachstumsprognosen und -erwartungen der Druck auf die Finanzmärkte im Eurogebiet und weltweit weiter erhöht. Die schrumpfende Wirtschaftstätigkeit und die verminderten Wachstumsaussichten führten bei einer breiten Palette von Vermögenswerten zu weiteren Marktwertverlusten.

Große und komplexe Bankengruppen im Euroraum reagierten mit einer Verringerung der Risiken und Fremdfinanzierungsanteile in ihren Bilanzen auf das schwierige makrofinanzielle Umfeld, was jedoch durch mangelnde Liquidität und die angespannte Lage auf vielen Finanzmärkten erschwert wurde. Die Anpassung der Bankbilanzen wirkte sich negativ auf die Bewertung von Vermögenswerten zu Marktpreisen und auf die intermediäre Rolle von Banken beim Mitteltransfer von Sparern hin zu Investoren aus. Darüber hinaus wurde die Wahrung der Finanzstabilität durch vermehrte Anzeichen einer negativen Rückkopplungsschleife zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor vor neue Herausforderungen gestellt.

Wegen der weiterhin angespannten Lage und des Liquiditätsmangels auf vielen Finanzmärkten haben sowohl Zentralbanken als auch Regierungen eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen ergriffen, um diese negativen Rückkopplungen zu verhindern und den Kreditfluss zu fördern. Die in den letzten Monaten zu beobachtende deutliche Einengung der Spreads an den Geldmärkten deutet darauf hin, dass die von den Zentralbanken ergriffenen Maßnahmen dazu beigetragen haben, die Funktionsfähigkeit der Geldmärkte zu verbessern. Gleichzeitig befinden sich in den Bankbilanzen jedoch nach wie vor schwer zu bewertende Aktiva, und angesichts der erheblich eingetrübten Wirtschaftsaussichten besteht die Gefahr umfangreicher Kreditverluste. Folglich besteht weiterhin Unsicherheit über die Schockresistenz des Bankensystems im Euroraum.

¹ Hierzu gehörten folgende mögliche Szenarien: eine weitere Verschlechterung der Lage auf den Wohnimmobilienmärkten in den USA und im Euro-Währungsgebiet samt der sich daraus ergebenden Folgen für die Qualität von Bankkrediten und den Wert hypothekarisch besicherter Wertpapiere; ein konjunktureller Abschwung, der sowohl global als auch im Eurogebiet stärker ausfällt und länger andauert als erwartet und der dazu führen könnte, dass sich die Fähigkeit der Kreditnehmer, ihre Schulden zu bedienen, deutlicher und in größerem Umfang verschlechtern könnte; ein stärker ausfallender Deleveraging-Prozess der Banken infolge anhaltend hoher Finanzierungskosten und Bedenken im Hinblick auf die Angemessenheit der Eigenkapitalpuffer, welcher die Kreditvergabe an die Wirtschaft negativ beeinflussen könnte, und ein Anstieg der Finanzmarktvolatilität aufgrund weiterer Positionsaufösungen durch Hedgefonds.

Mit Blick auf die Zukunft besteht die Besorgnis, dass viele der in dieser Ausgabe des Financial Stability Review genannten Risiken eintreten könnten, wenn der weltweite Wirtschaftsabschwung stärker ausfällt und länger andauert als derzeit erwartet. Zu den Hauptrisiken innerhalb des Euro-Finanzsystems gehören

- eine weitere Erosion der Kapitalbasis sowie die Gefahr eines erneuten Vertrauensverlustes bezüglich der Finanzlage großer und komplexer Bankengruppen,
- signifikante Bilanzprobleme bei Versicherungsunternehmen und
- weitere Vermögenspreisrückgänge auf breiter Front verbunden mit hoher Volatilität.

Wichtige Risiken außerhalb des Euro-Finanzsystems bestehen in der Möglichkeit, dass

- die US-Wohnimmobilienpreise stärker fallen als derzeit erwartet,
- der Wirtschaftsabschwung im Euroraum noch kräftiger ausfällt als derzeit vorhergesagt,
- sich die bereits angespannte Lage in den mittel- und osteuropäischen Ländern weiter verschärft.

Alles in allem müssen die politischen Entscheidungsträger und die Marktteilnehmer in der nahen Zukunft besonders wachsam sein, ungeachtet der vom Eurosystem und von den Regierungen des Euro-Währungsgebiets ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und trotz der jüngsten Erholung der Aktienkurse der meisten großen und komplexen Bankengruppen. Es besteht kein Anlass zur Sorglosigkeit, denn die Gefahren für die Finanzstabilität bleiben hoch, vor allem da der Kreditzyklus seinen Tiefpunkt noch nicht erreicht hat. Die Banken müssen daher besonders darauf bedacht sein, über angemessene Eigenkapital- und Liquiditätspuffer zu verfügen, um die anstehenden Risiken abfedern zu können und gleichzeitig die Wirtschaft ausreichend mit Krediten zu versorgen. Mittel- bis längerfristig sollten die Banken adäquate Umstrukturierungsmaßnahmen ergreifen, um ihre finanzielle Solidität und Schockresistenz zu stärken. Dies kann durchaus bedeuten, dass sie ihre Geschäftsmodelle an das schwierige operative Umfeld anpassen müssen. Gleichzeitig sollten die Banken darauf achten, dass Risiken angemessen bepreist werden, ihre Risikoaversion dabei aber nicht übertreiben. Die Zusagen der Regierungen der Euro-Länder zur Stützung des Finanzsektors sind umfangreich und umfassen eine ganze Reihe von Maßnahmen. Angesichts der vor ihnen liegenden Risiken und Herausforderungen sollten die Banken dazu ermutigt werden, diese Zusagen voll auszuschöpfen, um ihre mittelfristige Finanzierung zu verbessern und zu diversifizieren, ihre Schockresistenz zu verbessern und ihre gesunden Geschäftsbereiche vor der von problembehafteten Vermögenswerten ausgehenden Ansteckungsgefahr zu schützen.

Weitere Angaben zum Financial Stability Review finden sich unter:

www.ecb.europa.eu/pub/fsr/html/index.en.html

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.